Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31 307
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girokasse Blasewitz Nr. 666
Postscheck-Konto: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Mußestunden, Aus alter und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatl. Mk. 1.90, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. Mk. 2.–. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl. d. Lesegeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachfl., Dresden-Fr eital. Bei unverl. eingesandt. Manuskripten ist Rückporto beizufüg. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeb. werden, könn. wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehm.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
87. Jahrgang

Anzeigen werden die 8gespaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4gespaltene Zeile mit 80 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Satzarten werden mit 50 % Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs d. Auftraggebers.

197 Dienstag, den 25. August 1925

Die französische Note übergeben

Besprechung zwischen Stresemann und Margerie

Wie bereits angekündigt ist, ist der französische Botschafter de Margerie Montag nachmittag 5 Uhr beim Außenminister Dr. Stresemann erschienen und hat ihm die Antwortnote Briands überreicht. Es fand dabei eine Aussprache zwischen dem Minister und dem Botschafter statt, die teils den Termin der Veröffentlichung der Note, teils die Art und Weise des weiteren Meinungsaustausches betraf. Die Aussprache zwischen dem Botschafter und dem Außenminister zog sich über eine Stunde lang hin, so daß man annimmt, daß dabei auch die materielle Frage berührt wurde.

*

Der amtliche Bericht

Der französische Botschafter de Margerie hat nachmittag 5 Uhr den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann aufgesucht und die französische Antwortnote in der Sicherheitspaktfrage übergeben. Die Note wird zunächst im Auswärtigen Amte übersetzt und geprüft. Das Reichskabinett tritt Dienstag vormittag 11 Uhr zu einer Sitzung zusammen, in der es voraussichtlich auch zu einer Besprechung der Note kommen wird. Die Note kann mit Rücksicht auf den von der französischen Regierung ausgesprochenen Wunsch erst am Freitagvormittag veröffentlicht werden, und zwar gleichzeitig in Berlin und den anderen Hauptstädten.

*

An der amtlichen Mitteilung wird vor allem die Tatsache überraschen, daß die Note — entgegen der vorherigen Erwartungen — nun doch erst am Freitag statt am Mittwoch veröffentlicht werden soll. Dies wird mit einem Wunsch der französischen Regierung begründet, und dem Vernehmen nach geht dieser Wunsch darauf zurück, daß der französische Ministerpräsident erst am Donnerstag nach Paris zurückkehrt und persönlich die französische Presse vor der Veröffentlichung über die Note unterrichten will.

Die Note selbst, die sich als ein Dokument von sechs Seiten Umfang darstellt, berührt inhaltlich die drei Hauptgesichtspunkte der letzten deutschen Note, nämlich die Frage der Schiedsverträge, des Völkerbundes in Verbindung mit den deutschen Einwänden gegen den Artikel 16 und die Rückwirkung eines Sicherheitspaktes auf die bestehenden Verträge. Im allgemeinen verfolgt sie die Tendenz, das bisherige Verfahren des Austausches formulierter Noten zugunsten mündlicher Verhandlungen zu verlassen. Der Ton der Note wird, wie man vor Wochen wußte, als konziliant geschildert. Eine bestimmte Einladung zu einer Konferenz oder einer Zusammenkunft ist darin nicht enthalten; auch ist dem Vernehmen nach in der langen Unterredung, die zwischen dem Außenminister und dem französischen Botschafter bei der Ueberreichung der Note stattfand, eine derartige Anregung in konkreter Form noch nicht gegeben worden. Im übrigen vermeidet die Note irgendwelche endgültige Stellungnahme zu den im bisherigen Notenwechsel berührten Problemen; sie geht vielmehr um verschiedene Einzelfragen geflissentlich herum und verweist auf die Notwendigkeit künftiger mündlicher Verhandlungen.

Der deutsche Großhandel und die Teuerung

Zwischen dem Präsidium und Vorstand des Zentralverbandes des deutschen Großhandels und der Reichsregierung fanden Verhandlungen über die Verhütung einer weiteren Preissteigerung und über die Möglichkeit der Durchführung eines Preisabbaues statt. In den Besprechungen wurde seitens der Vertreter des Zentralverbandes des deutschen Großhandels zum Ausdruck gebracht, daß der deutsche Großhandel wie stets, so auch diesmal bereit sei, mit allen Kräften die Bemühungen der Reichsregierung hinsichtlich der Preisgestaltung zu unterstützen und seinen Mitgliedern gegenüber zu vertreten.

Die von der Reichsregierung beabsichtigten Maßnahmen einer Ueberprüfung der Preisbestimmungen der Kartelle werden deshalb vom Zentralverband des deutschen Großhandels durchaus gebilligt. Es wird dabei als selbstverständlich vorausgesetzt, daß die sachliche Prüfung allgemein auf sämtliche Kartelle ausgedehnt wird, die der Auswirkung der beabsichtigten Maßnahmen der Reichsregierung förderlich sein könnten, wie auch auf diejenigen Abreden und kartellähnlichen Abmachungen der bestimmten Gruppen der Wirtschaft, die bislang irgendeiner Kontrolle der Reichsregierung bzw. des Reichswirtschaftsministeriums nicht unterworfen wurden. Der Anregung der Reichsregierung folgend, haben fernerhin Präsidium und Vorstand des Zentralverbandes des deutschen Großhandels beschlossen, die Mitglieder des Zentralverbandes des deutschen Großhandels dringend aufzufordern, bei Verkäufen nach dem 1. Oktober usw. die dann eintretende Ermäßigung der Sätze der Umsatzsteuer auf 1 v. H. bei ihrer Preiskalkulation zum Ausdruck zu bringen.

Endlich wird der Zentralverband des deutschen Großhandels seine Mitglieder ausdrücklich davor warnen, die durch die Zollvorlage vorgesehenen autonomen Zölle als irgendwie endgültige Preisbasis zu betrachten, da die Handelsverträge auf die endgültige Festsetzung der Zollsätze zweifellos nicht ohne Einfluß bleiben werden. Die Verbraucherschaft müsse deshalb dringend davor gewarnt werden, überstürzte Wareneinkäufe zu tätigen.

Die Geschäftslage der Reichsbahn

Dem Reichstage ist der Bericht über die Betriebsverwaltung und Verkehrsleistungen der Reichsbahn in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni und über die Geschäftsergebnisse in der Zeit vom März bis Mai zugegangen. Aus der Uebersicht geht hervor, daß die Reichsbahn in den Monaten März bis Mai an Einnahmen insgesamt 1 139 106 000 Mk. erzielte, denen Ausgaben von insgesamt 966 674 000 Mk. gegenüberstehen. Die Reichsbahnverwaltung bemerkt dazu: Obgleich der Eisenbahnbetrieb im Monat März nicht unbedeutenden Störungen durch Teilstreiks und ungünstige Witterungsverhältnisse ausgesetzt war, sind die Einnahmen im allgemeinen nicht hinter den Ansätzen des Voranschlages zurückgeblieben. Im Personenverkehr haben die am 1. April und 1. Mai 1925 vorgenommenen Tariferhöhungen sowie der Osterverkehr das Ergebnis günstig beeinflußt. Die Ergebnisse haben ausgereicht, um die gegenüber dem Voranschlag verhältnismäßig stark angewachsenen Personalausgaben und die hiernach entsprechend eingeschränkten sachlichen Ausgaben zu bestreiten. Auch konnten die notwendigen Aufwendungen für werbende Anlagen aus den Einnahmen gedeckt werden. Die am 1. September 1925 fällige zweite Reparationsrate mit 100 Millionen Goldmark ist bereits sichergestellt.

Caillaux bei Churchill

Beginn der Londoner Schuldenverhandlungen

London, 24. August. Heute haben im Londoner Schatzamt die Besprechungen Churchills und Caillaux über die Regelung der französischen Schulden an England begonnen. Außer einer amtlichen Erklärung, daß Caillaux und Churchill bei den Verhandlungen eine äußerst herzliche Unterhaltung hatten, ist bis zur Stunde über den Stand der englisch-französischen Schuldenregelung nichts bekannt. In unterrichteten Kreisen erwartet man schon innerhalb der nächsten zwei Tage eine Klärung der Lage, so daß Caillaux dem französischen Kabinett möglicherweise bereits am Donnerstag eine vorläufige Abmachung zur Betätigung vorlegen wird. Indes nimmt man allgemein an, daß eine endgültige Regelung der Frage bei dieser Gelegenheit noch nicht erwartet werden kann und daß vielleicht ein zweiter Besuch des französischen Finanzministers in London nötig sein wird.

Die allgemeine Position bei dem Beginn der heutigen Verhandlungen wird, wie folgt, angegeben: Frankreich schuldet Großbritannien 623 Millionen Pfund Sterling. In Lord Balfours Note wurde seinerzeit, als die Gesamtschuld der Alliierten an Großbritannien sich auf mehr als 2 Milliarden Pfund belief, erklärt, daß England gewillt sei, 1 Million Pfund zu opfern und von seinen Verbündeten nur einen Betrag zu fordern, der die englischen Zahlungen an Amerika unter dem Baldwinschen Abkommen für die kommenden 62 Jahre decke, ohne daß Großbritannien indes seinen Anspruch auf die restliche Milliarde hiermit aufgegeben hätte. Das vor wenigen Wochen von französischen Finanzexperten gemachte Angebot auf Zahlung einer jährlichen Summe von 3 Millionen Pfund Sterling und weitere 4 Millionen Pfund aus den Dawes-Einkünften, wobei England in Anbetracht zu fürchtender Transferschwierigkeiten den letzten Betrag mit nur 50 v. H. des Effektivwertes in Anrechnung bringen wollte, wurde in London als vollkommen unangemessen bezeichnet. Die englische Forderung lautete seinerzeit auf 20 Millionen Pfund Sterling, wobei vielleicht noch mit einem Nachlaß von 2 bis 3 Millionen Pfund gerechnet werden konnte. Angesichts dieser krassen Spannung sieht man in London dem Ergebnis der Besprechung mit größtem Interesse entgegen.

Der Lohnkonflikt bei der Eisenbahn

In dem Lohnkonflikt bei der Reichsbahn, ist bisher noch keine Aenderung eingetreten. Die offizielle Antwort des Reichsarbeitsministers auf das Schreiben der Tarifgewerkschaften, in dem die Ernennung eines Schlichters gefordert wurde, ist bisher noch nicht erfolgt, jedoch ist mit aller Bestimmtheit anzunehmen, daß der Reichsarbeitsminister diesem Wunsche nachkommt und die Parteien zu Verhandlungen laden wird.

Neue Einigungsverhandlungen in der Textilindustrie

Von unterrichteter Stelle wird mitgeteilt, daß der Reichsarbeitsminister im Lohnkampf der sächsisch-thüringischen Textilindustrie von neuem eingegriffen hat. Er hat beide Parteien für Dienstag den 25. August nach Berlin zu neuen Einigungsverhandlungen geladen. Beide Parteien haben zugesagt, Vertreter zu entsenden.

Heute Räumung Duisburgs

Die Stadt Duisburg wird am heutigen Dienstag geräumt. Mittags um 12 Uhr werden die letzten Besatzungstruppen das Stadtgebiet verlassen. Die Besetzungskontrolle findet um Mitternacht ihr Ende.

Duisburg-Ruhrort wird allerdings nicht truppenfrei. Dort bleibt eine Schiffahrtskommission, bestehend aus 4 Offizieren und 40 Mann, zurück. Es wird geprüft werden, ob das Fortbestehen dieser Schiffahrtskommission im Einklang mit dem Londoner Abkommen steht.

Der deutsch-spanische Handelsvertrag

Bei der Beurteilung der Schwierigkeiten, die sich anläßlich der Beratung über den deutsch-spanischen Handelsvertrag herausgestellt haben, muß zuerst erkannt werden, daß kein Land von der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung wie Deutschland in gleichem Maße vor die Aufgabe gestellt ist, in kürzester Frist seine Handelsbeziehungen mit der ganzen Welt von Grund auf zu erneuern. Der Weltkrieg hat hierin verheerend gewirkt und der Friedensvertrag von Versailles hat in bezug auf die ehemaligen Handelsbeziehungen Deutschlands mit den Ententemächten wesentlich dazu beigetagen, einen völligen Stillstand hervorzurufen. Die Lage der deutschen Regierung war dadurch besonders schwierig, daß Deutschland in politischer Hinsicht ohnmächtig, in wirtschaftlicher Beziehung völlig verarmt und geknechtet dastand, dazu im Innern einem brandenden Meer glich, durchsetzt von Strömungen und Gegenströmungen. Aus letzgenanntem Umstande ist es zu erklären, daß der deutschen Regierung bei Abschluß von Handelsverträgen selbst von deutscher Seite nicht selten große Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden.

Ein Beispiel dafür ist der deutsch-spanische Handelsvertrag, der von vornherein einen politischen Zankapfel zwischen den Parteien und Interessengegensätzen bildete. Zwar gelang es der Regierung, unter äußersten Anstrengungen aus außenpolitischen Motiven heraus die Zustimmung des Reichstages zu dem Vertrag zu erlangen. Allerdings hatte es sich inzwischen herausgestellt, daß der Vertrag in einzelnen Punkten für Deutschland weniger günstig, durch die niedrigen Sätze auf spanische Weine für die deutsche Winzerschaft geradezu katastrophal war. Es kam hinzu, daß sich die Verhältnisse, von denen man bei der Beratung des Vertrages ausgegangen war, inzwischen grundsätzlich verschoben hatten. Das unfreiwillige Valutadumping für deutsche Waren, gegen das sich Spanien früher zu schützen wußte, war inzwischen abgelöst worden durch gleich hohe, wenn nicht höhere Gestehungskosten der deutschen Industrie im Verhältnis zu denjenigen seiner Nachbarn. Die Sachlage ist weiterhin insofern verändert, als Spaniens Ausfuhr nach Deutschland sich seit 1923 in einem Maße vergrößert hat, daß Deutschland einer der größten, wenn nicht der größte Abnehmer überhaupt für spanische Südfrüchte und Weine geworden war.

Aus den Erwägungen dieser Gesamtlage heraus hatte die Regierung entsprechend ihrer Zusage im Reichstage den vorläufigen Handelsvertrag gekündigt und gleichzeitig neue Verhandlungen mit der spanischen Regierung eingeleitet. Bei Beginn dieser Verhandlungen waren deutscherseits für Landesprodukte, auf deren Ausfuhr Spanien besonderes Gewicht legte, also für Weine, Weintrauben, Apfelsinen usw., neue Zollsätze vorgeschlagen worden. Von spanischer Seite wurde ein Gegenangebot gemacht, das Aussicht auf erfolgreiche Verhandlungen bot. Sonderbarerweise ist dieses Angebot plötzlich aus formalen Gründen nachträglich zurückgenommen worden. Es steht also zurzeit nur das letzte deutsche Angebot als Vertragsgrundlage zur Debatte. Da man sich eine erfolgreiche Weiterführung der Verhandlungen für die nächste Zeit nicht versprechen konnte, kehrte die deutsche Delegation nach Berlin zurück, um neue Instruktionen einzuholen. Ebenso werden die Spanier daran gehen, den spanischen

SLUB
Wir führen Wissen.